

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung und Gang der Untersuchung</b> .....	21
<b>B. Grundlagen der Internal Investigations und der Strafbarkeit von Unternehmen</b> .....	29
I. US-amerikanische Herkunft der Internal Investigations .....	29
II. Internal Investigations als Ausprägung der Compliance .....	34
1. Begriff der Compliance und der Internal Investigation .....	34
2. Gesetzliche Grundlagen in Deutschland .....	38
3. Vor- und Nachteile von Compliance-Systemen und Internal Investigations .....	42
III. Sanktionsmöglichkeiten gegen Unternehmen nach deutschem Recht .....	46
1. Bisherige Rechtslage .....	47
2. Reformbestrebungen .....	50
a) Verbandsstrafgesetzbuch-Entwurf NRW (2013) .....	53
b) Kölner Entwurf eines Verbandsstrafgesetzbuchs (2017) .....	56
IV. Erstes Zwischenfazit .....	58
<b>C. Mitarbeiterbefragungen im Rahmen von Internal Investigations</b> .....	60
I. Pflicht zur Teilnahme und Aussage durch den Mitarbeiter? .....	60
1. Weisungsrecht des Arbeitgebers, § 106 GewO .....	61
2. Unmittelbarer Arbeitsbereich: Auskunftsanspruch gemäß § 666 BGB (i.V.m. § 675 Abs. 1 BGB) .....	63
3. Mittelbarer Arbeitsbereich: Auskunftsanspruch gemäß §§ 242, 611a, 241 Abs. 2 BGB .....	66
4. Zwischenergebnis .....	69
II. Ablauf von Mitarbeiterinterviews in der Praxis .....	70
III. Grenzen der Auskunftspflicht .....	74
1. Keine Geltung strafprozessualer Normen .....	74
2. Nemo-tenetur-se-ipsam-accusare-Grundsatz .....	78
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	78
b) Inhalt des nemo-tenetur-Grundsatzes .....	85
c) Geltung des nemo-tenetur-Grundsatzes bei der Mitarbeiterbefragung .....	91
aa) Geltung der einfachgesetzlichen Ausprägungen des nemo-tenetur-Grundsatzes .....	91
bb) Mittelbare Drittwirkung des nemo-tenetur-Grundsatzes .....	92
3. Fair-trial-Grundsatz .....	95
4. Zwischenergebnis .....	95

IV. Auswirkungen auf die Auskunftsansprüche: Reichweite und Grenzen .....	96
1. Kein generelles Auskunftsverweigerungsrecht .....	97
2. Unmittelbarer Arbeitsbereich: Auskunftsanspruch gemäß § 666 BGB (i.V.m. § 675 Abs. 1 BGB) .....	100
a) Interessenabwägung .....	101
b) Problematik der Beweislastumgehung des § 1 Abs. 2 S. 4 KSchG bzw. allgemeiner Beweislastregeln .....	106
3. Mittelbarer Arbeitsbereich: Auskunftsanspruch gemäß §§ 242, 611a, 241 Abs. 2 BGB .....	109
a) Generelle Zumutbarkeitserwägungen .....	109
b) Interessenabwägung .....	110
c) Problematik der Beweislastumgehung des § 1 Abs. 2 S. 4 KSchG bzw. allgemeiner Beweislastregeln .....	115
d) Anzeigepflicht hinsichtlich Taten von Arbeitskollegen? .....	115
4. Zwischenergebnis .....	116
V. Sonstige Rechte und Pflichten im Rahmen des Mitarbeiterinterviews .....	117
1. Begleitung durch einen Rechtsanwalt .....	120
2. Protokollierung des Interviews und Einsichtnahme .....	121
3. Belehrungen des Mitarbeiters .....	123
4. Zwischenergebnis .....	124
VI. Sanktions- und Durchsetzungsmöglichkeiten .....	124
1. Arbeitsrechtliche Sanktionsmöglichkeiten .....	125
2. Zwangsweise Durchsetzung .....	129
3. Materiell-rechtliche Zulässigkeit der Androhung von Sanktionen oder der zwangsweisen Durchsetzung nach § 240 StGB .....	133
VII. Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse .....	135
<b>D. Herausgabe der Unterlagen durch das Unternehmen im Rahmen der Kooperation .....</b>	<b>137</b>
I. Kooperation in der Praxis .....	139
II. Anforderungen an eine strafmildernde Kooperation .....	142
1. Kooperation de lege lata .....	143
2. Kooperation de lege ferenda .....	147
3. Bezugspunkt der im Rahmen der Kooperation geleisteten Aufklärungshilfe .....	148
4. Umfang der Kooperation .....	149
III. Zulässigkeit der Herausgabe von Unterlagen durch das Unternehmen unter Berücksichtigung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts .....	151
1. Erforderlichkeit der Herausgabe von Unterlagen .....	153
a) Offenbarungsverbot .....	153
b) Anonymisierung von Unterlagen .....	157
2. Angemessenheit der Herausgabe von Unterlagen .....	158

3. Risiko der Beschlagnahme von Unterlagen durch Ermittlungsbehörden . . . .	159
a) Beschlagnahme von Unterlagen im Gewahrsam eines Rechtsanwalts . . .	161
b) Beschlagnahme von Unterlagen im Gewahrsam des Unternehmens . . . .	165
IV. Zwischenergebnis . . . . .	166
<b>E. Beweisverwertungsverbot zugunsten selbstbelastender Aussagen des Mitarbeiters?</b> . . . . .	167
I. Einführung der Beweise in die Hauptverhandlung . . . . .	171
1. Verlesung des Interviewprotokolls als Ersetzung oder Ergänzung der Aussage des Angeklagten . . . . .	171
2. Aussage der internen Ermittler und Ergänzungs- oder Ersetzungsmöglichkeit dieser durch Verlesung der Interviewprotokolle/Untersuchungsberichte . . . .	172
3. Beweisgewinnung über Mitarbeiter als Zeugen . . . . .	176
II. Unselbstständiges Beweisverwertungsverbot aufgrund einer dem Staat zurechenbaren Internal Investigation . . . . .	176
1. Ausgangspunkt der Zurechnung: formales privates Handeln . . . . .	178
2. Die Zurechnung in der strafprozessualen Rechtsprechung . . . . .	179
a) Die Zurechnung (konkulent) bejahende Rechtsprechung . . . . .	180
b) Die Zurechnung ablehnende Rechtsprechung . . . . .	184
c) Sich aus der Rechtsprechung ergebende Kriterien . . . . .	185
d) Einordnung der Interviewsituation im Rahmen der Internal Investigation	189
3. Die Zurechnung in der Literatur . . . . .	190
a) Übertragung von Zurechnungskonstruktionen . . . . .	191
aa) Verwaltungshelfer . . . . .	192
bb) Kausalität und objektive Zurechnung . . . . .	193
cc) Täterschaft und Teilnahme . . . . .	195
dd) Zwischenergebnis und Kategorisierung der Kriterien . . . . .	201
b) Einordnung der Konstellationen der Internal Investigations . . . . .	204
aa) Aktive Beeinflussung der Internal Investigation . . . . .	204
bb) Koordinierung und Absprache der Internal Investigations . . . . .	207
cc) Zurechnung aufgrund des Unterlassens eigener Ermittlungen . . . . .	208
dd) Zurechnung durch tatsächliche oder gesetzliche Anreizschaffung . . .	214
c) Zwischenergebnis . . . . .	219
4. Folgen der Zurechnung . . . . .	220
a) Maßstab für zuzurechnendes Handeln . . . . .	222
b) Voraussetzungen der §§ 136, 136a StPO . . . . .	224
aa) Vernehmungsbegriff . . . . .	224
bb) (Analoge) Anwendung und verbotene Vernehmungsmethoden nach § 136a StPO . . . . .	229
cc) Beschuldigtenstellung . . . . .	231

c) Verstoß gegen den nemo-tenetur-Grundsatz .....	232
aa) Rechtsprechung und Literatur .....	232
bb) Stellungnahme .....	234
d) Zwischenergebnis .....	235
5. Ergebnis zu den unselbstständigen Beweisverwertungsverböten (Zurechnung) .....	235
III. Selbstständiges Beweisverwertungsverbot aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m Art. 1 Abs. 1 GG .....	236
1. Dreistufen- bzw. Sphärentheorie .....	237
2. Übertragung der Grundsätze des Gemeinschaftschuldner-Beschlusses? .....	239
a) Rechtsprechung zur Übertragbarkeit der Kriterien für ein selbstständiges Beweisverwertungsverbot .....	241
aa) Rechtsprechung zu arbeitsrechtlichen Auskunftsansprüchen .....	242
(1) Erfordernis einer umfassenden Auskunftspflicht .....	242
(2) Übertragung auf umfassende arbeitsrechtliche Auskunftspflichten .....	244
bb) Rechtsprechung zu Auskunftsbliedigkeiten .....	244
(1) Grundsätzlich keine Übertragbarkeit auf bloße Auskunftsbliedigkeiten .....	245
(2) Ausnahmsweise ausreichender existenzvernichtender Nachteil? .....	247
cc) (Steuerrechtliche) Rechtsprechung zum Erfordernis eines rechtlichen Zwangs .....	248
dd) Rechtsprechung zur Übertragbarkeit auf bußgeld- und strafbewehrte umfassende Auskunftspflichten .....	250
ee) Übertragbarkeit auf Offenbarungspflichten nach § 807 ZPO und auf zwangsweise durchsetzbare Auskunftspflichten .....	251
b) Herausarbeitung der Kriterien und Übertragbarkeit auf Mitarbeiterinterviews .....	253
aa) Übertragbarkeit bzw. Verallgemeinerungsfähigkeit der Kriterien des Gemeinschaftschuldner-Beschlusses .....	254
bb) Erfordernis einer umfassenden Auskunftspflicht .....	257
(1) Problematik der privaten vertraglichen Pflicht .....	258
(2) Stellungnahme .....	260
cc) Auskunft durch private Interessen Dritter gerechtfertigt .....	263
dd) Erfordernis einer erzwingbaren Auskunftspflicht .....	263
(1) Ausreichen der Möglichkeit einer zwangsweisen Durchsetzung und Einschränkungskriterien .....	264
(a) Positionen in Rechtsprechung und Literatur .....	264
(b) Einschränkungsforderungen der Literatur bei ausreichender Erzwingbarkeit .....	267
(c) Stellungnahme .....	269
(2) Staatlich vermittelter Zwang .....	271
(3) Rechtlicher oder faktischer Zwang? .....	273

ee) Ausreichen einer nur subjektiv bestehenden umfassenden und erzwingbaren Auskunftspflicht? .....	276
(1) Irrtum über das Bestehen oder die Reichweite der Auskunftspflicht .....	276
(2) Täuschung über die Auskunftspflicht .....	277
ff) Zwischenergebnis .....	278
c) Kompensation des Eingriffs in Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG durch ein Beweisverwertungsverbot .....	278
aa) Keine Beeinträchtigung der Strafverfolgungsinteressen .....	279
bb) Mittelbare staatliche Veranlassung des Beweistransfers und der Umgehung von Mitarbeiterrechten .....	280
d) Dogmatische Grundlage des Beweisverwertungsverbots .....	284
e) Zwischenergebnis .....	285
3. Reichweite und Ausgestaltung des Beweisverwertungsverbots .....	286
a) Freie Verwertbarkeit freiwilliger Auskünfte .....	287
b) Dispositionsmöglichkeit des Mitarbeiters über Verwertbarkeit .....	288
c) Fernwirkung .....	290
aa) Annahme einer Fernwirkung .....	292
bb) Ablehnung einer Fernwirkung .....	292
cc) Stellungnahme unter Berücksichtigung hypothetischer Erwägungen .....	293
d) Fortwirkung .....	295
e) Vorauswirkung .....	296
f) Zwischenergebnis .....	298
4. Beweisverwertungsverbot auch im Kündigungsschutzprozess .....	298
a) Rekapitulation der Problemstellung .....	298
b) Beweisverwertungsverbote im Zivil-/Arbeitsrecht .....	299
c) Problematik eines Beweisverwertungsverbots für rechtmäßig gewonnene Informationen .....	302
d) Stellungnahme .....	303
5. Ergebnis zum selbstständigen Beweisverwertungsverbot .....	305
IV. Weitere Lösungsmöglichkeiten .....	306
1. Beweisverwertungsverbot aus § 136a StPO (analog) .....	306
a) Analoge Anwendung bei menschenrechtswidrigem Vorgehen oder bei Zurechnung .....	306
b) Keine (horizontale) Drittwirkung des § 136a StPO in sonstigen Fällen .....	307
2. Beweisverwertungsverbot aus einer Verletzung des fair-trial-Grundsatzes .....	309
a) Rechtliche Verankerung und inhaltliche Ausgestaltung .....	310
b) Folgen eines Verstoßes .....	313
c) Anwendung des fair-trial-Grundsatzes auf die Mitarbeiterbefragung .....	315
aa) Annahme eines Verstoßes gegen den fair-trial-Grundsatz beim Mitarbeiterinterview .....	315

bb) Ablehnung dieses Lösungswegs .....	318
cc) Eigene Bedenken gegen diesen Lösungsweg .....	319
dd) Stellungnahme .....	321
d) Ergebnis zum fair-trial-Grundsatz .....	324
V. Beweisverwertungsverbote bei rechtswidriger privater Beweiserhebung .....	324
VI. Zusammenfassung der Erkenntnisse zu den Beweisverwertungsverböten .....	326
<b>F. Reformbedarf und Erörterung des Beweisverwertungsverbots im VerbSG-E</b> .....	329
I. Allgemeine Ausführungen zum Beweisverwertungsverbot in § 18 Abs. 3 VerbSG-E .....	331
II. Anknüpfungspunkt des Beweisverwertungsverbots .....	332
1. Anknüpfungspunkte vergleichbarer Beweisverwertungsverböte .....	333
2. Vorschlag zur Ergänzung einer Auskunftspflicht in § 18 VerbSG-E .....	334
<b>G. Ergebnis</b> .....	336
I. Abschließendes Fazit .....	336
II. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....	338
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	342
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	370